

Die gebremste Tretmühle

Österreichs Agrarmodernisierung im 20. Jahrhundert¹

Von Ernst Langthaler

Nach der Bildung einer »Sanierungspartnerschaft« der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP in Österreich im Jahr 1987 steuerte die Bundesregierung, die Agrarier im Schlepptau, in Richtung Europa. Agrarpolitisch gesehen, legten die explodierenden Kosten der protektionistischen Marktordnung sowie der Liberalisierungsdruck durch die Mitgliedsstaaten des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) diese Kursänderung nahe.² Österreichs Agrarsektor – auf 6 Prozent der Berufstätigen und 3 Prozent der Wirtschaftsleistung geschrumpft, doch in der öffentlichen Meinung hoch im Kurs – stand im Zentrum der Debatte pro und contra Vollbeitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Dabei traten mögliche Vorzüge in den Hintergrund; vordergründig ging es um die Nachteile von »Agrar-Europäer«: Einkommensverluste durch sinkende Agrarpreise, Strukturschwächen von Bergbauernbetrieben und peripheren Regionen, Umweltschäden durch Intensivproduktion, Wettbewerbsnachteile des Verarbeitungssektors und so fort. »EG = Bauerntod«, prophezeiten Beitrittsgegner; Befürworter entgegneten sinngemäß: »Nicht-EG = Bauerntod.«³ Beides Gleichungen mit vielen Unbekannten.

Ein Jahrzehnt nach dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) im Jahr 1995 – und viele Euro-Millionen an Agrarförderungen später – können wir eine nüchterne Bilanz ziehen:

- Fallenden Agrarpreisen standen flächen- und tierbezogene Direktzahlungen sowie zeitlich befristete Übergangszahlungen gegenüber. Die veränderten Preisrelationen verstärkten den Trend zur regionalen Spezialisierung: Pflanzenproduktion in der Ebene, Milch- und Fleischproduktion im Bergland.

- Betriebe in benachteiligten Gebieten nahmen vielfältige Förderungen in Anspruch, so etwa die nach Erschweris-zonen gestaffelte »Ausgleichszulage«.
- Ein flächendeckendes Agrarumweltprogramm (ÖPUL) sicherte Österreichs EU-Vorreiterrolle als »Bio-Bauern-Land«.
- Anfänglichen Problemen mit überhand-nehmenden Agrarimporten standen spä-tere Exporterfolge bei einigen hochwertigen Nahrungsmitteln gegenüber.⁴

Österreich ist im ersten Jahrzehnt nach dem EU-Beitritt – trotz oder wegen der Gemein-samen Agrarpolitik (GAP) – keine »Agrar-fabrik« geworden; doch ist es ein Land der »Bauernhöfe« geblieben?⁵

Betriebsstruktur mit »Mittelstandsbauch«

Um diese Frage zu beantworten, vergleichen wir Österreichs land- und forstwirtschaftlichen Betriebsstrukturen vor und nach dem EU-Beitritt (Graphik 1). Zwischen den Jah-ren 1902, der ersten land- und forstwirt-schaftlichen Betriebszählung, und 2003, der letzten datenmäßig verfügbaren Agrarstruk-turerhebung, schrumpfte der Agrarsektor auf dem Gebiet der heutigen Republik Öster-reich um jährlich durchschnittlich 2599 Be-triebe oder 0,6 Prozent, gemessen am Aus-gangswert des Jahres 1902. Die EU-Ära zeig-te im langfristigen Vergleich eine mehr als doppelt so hohe Schrumpfrate von 5826 Betrieben oder 1,3 Prozent pro Jahr. Freilich sind diese Zahlenspiele wegen wechselnder Erhebungskriterien beeinträchtigt; dennoch liefern die Daten zumindest grobe Anhalts-punkte zum Wandel der Betriebsstruktur im 20. Jahrhundert. Was zunächst als massen-haftes »Bauernsterben« durch die GAP in

den Jahren 1995 bis 2003 erscheinen mag, entpuppt sich, genauer besehen, als Konzen-trationsprozeß hin zur oberen Mitte: Den Verlusten der Kleinbetriebe unter 5 Hektar (–3214 Betriebe oder –1,3 Prozent pro Jahr), zwischen 5 und 10 Hektar (–1206 Betriebe oder –1,7 Prozent pro Jahr) und zwischen 10 und 20 Hektar (–1088 Betriebe oder –1,4 Prozent pro Jahr) sowie der kleineren Mittel-betriebe zwischen 20 und 50 Hektar (–714 Betriebe oder –1,3 Prozent pro Jahr) standen Gewinne der größeren Betriebe gegenüber; diese kamen weniger den Großbetrieben (54 Betriebe oder 0,9 Prozent pro Jahr), als viel-mehr den größeren Mittelbetrieben unter 100 Hektar (341 Betriebe oder 4,1 Prozent pro Jahr) zugute. Salopp gesagt, Österreichs land- und forstwirtschaftliche Betriebsstruktur hat seit dem EU-Beitritt einen »Mittelstands-bauch« angesetzt.⁶

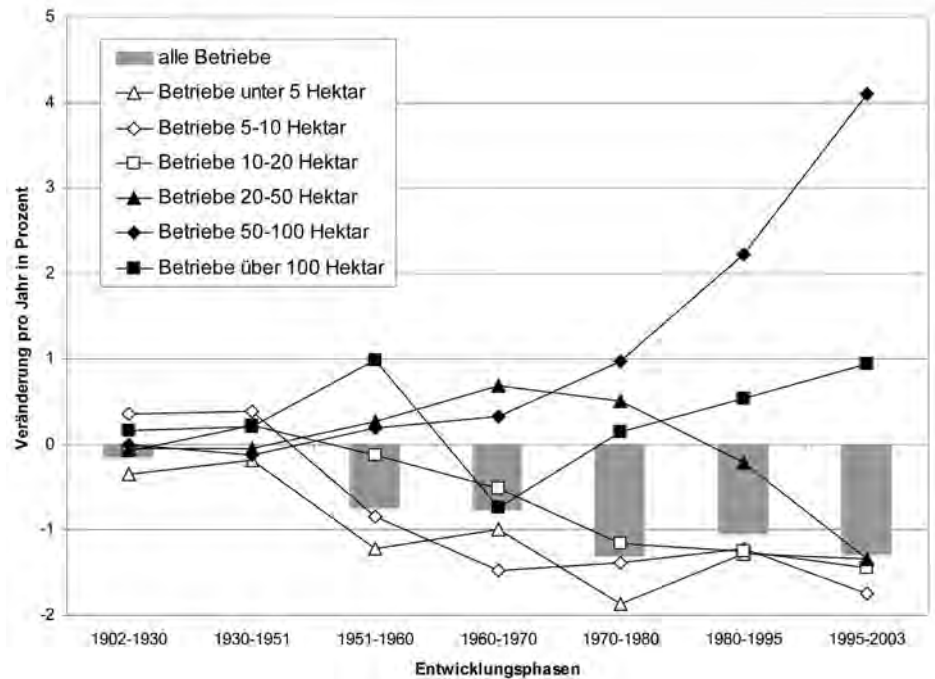
Dieser »Mittelstandsbauch« hat nicht erst seit dem EU-Beitritt zugenommen; seine An-sätze reichen vor das Jahr 1995 zurück. Im Rückblick auf das 20. Jahrhundert können wir, grob gesehen, drei Phasen des Wandels der Betriebsstruktur unterscheiden:

- Die erste Phase bis zur Jahrhundertmitte zeigte insgesamt nahezu eine Stagnation der Betriebszahlen (1902 bis 1930: –0,2 Prozent pro Jahr, 1930 bis 1951: 0,0 Pro-zent pro Jahr), hinter der sich, je nach Be-triebsgröße, mäßige Zuwächse oder Ver-luste verbargen.
- In der zweiten Phase, den fünfziger und sechziger Jahren, verringerten sich die Ge-samtzahlen der Betriebe merklich (1951 bis 1970: –0,8 Prozent pro Jahr), und die Betriebszahlen der einzelnen Größen-gruppen begannen auseinander zu drif-ten: rascheres Schrumpfen unter 20 Hekt-

ar, beschleunigtes Wachstum zwischen 20 und 100 Hektar, Pendeln zwischen Zu- und Abnahme über 100 Hektar.

- In der dritten Phase seit den siebziger Jahren mit insgesamt rasanterem Rückgang der Betriebszahlen (1970 bis 1980: –1,3 Prozent pro Jahr, 1980 bis 1995: –1,1 Prozent pro Jahr, 1995 bis 2003: –1,3 Prozent pro Jahr) drifteten die Betriebsgrößengruppen weiter auseinander: Jene unter 20 Hektar pendelten sich auf niedrigem Niveau ein; jene über 50 Hektar verzeichneten rasante Zuwächse; jene zwischen 20 und 50 Hektar, die noch in den siebziger Jahren im Plus waren, rutschen seit den achtziger Jahren mehr und mehr ins Minus. So gesehen, bewirkte der EU-Beitritt keine prinzipielle Trendwende des Betriebsstrukturwandels; vielmehr fanden seit dem Jahr 1995 Trends, die sich bereits Jahrzehnte zuvor abgezeichnet hatten, eine – wenn auch graduell veränderte – Fortsetzung.

Betrachten wir das mittelbäuerliche Element des Agrarsektors, die Größen­gruppen zwischen 20 und 100 Hektar, gesondert. Die kleineren Mittelbetrie­be zwischen 20 und 50 Hektar waren, den absoluten Zahlen nach, erstaunlich beständig (1902: 53 522 Betriebe, 2003: 52 503 Betriebe); relativ gesehen, konnten sie ihren Anteil an der Gesamtheit sogar mehr als verdoppeln (1902: 11,8 Prozent, 2003: 27,6 Prozent). Die größeren Mittelbetrie­be zwischen 50 und 100 Hektar legten ab­so­lut (1902: 8310 Betriebe, 2003: 14 805 Betriebe) und relativ (1902: 1,8 Prozent, 2003: 7,8 Prozent) am stärksten zu. Zusammen verzeichnete das mittelbäuerliche Betriebssegment zwischen den Jahren 1902 und 2003 eine durchschnittliche Zunahme von 54 Betrieben oder 0,1 Prozent pro Jahr. Deutliche Abnahmen erfolgten erst seit dem EU-Beitritt (–373 Betriebe oder –0,6 Prozent pro Jahr), die massive Zunahmen der sechziger (396 Betriebe oder 0,6 Prozent) und siebziger Jahre (352 Betriebe oder 0,6 Prozent) zum Teil kompensierten. Um diese Zahlenspiele nicht ins Endlose zu treiben, fassen wir zusammen: Zwar wurde im 20. Jahrhundert die Zahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe halbiert (1902: 452 598 Betriebe, 2003: 190 081 Betriebe); zugleich verdoppelte sich die durchschnittliche Betriebsfläche nahezu (1930: 17,6 Hektar, 1993: 28,1 Hektar). Dennoch blieb der mittelbäuerliche Zug der Betriebsstruktur, jedenfalls bis zum EU-Beitritt im Jahr 1995, im Grunde erhalten. Der viel zitierte »Strukturwandel« führte nicht geradewegs,



Graphik 1: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Österreich 1902–2003 (Veränderung in Prozent pro Jahr)

Anmerkung: Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählungen 1902, 1930, 1951, 1960, 1970 und 1980 waren ebenso Vollerhebungen wie die Agrarstrukturerhebung 1995. Die Agrarstrukturerhebung 2003 fand als Stichprobenerhebung statt. Wegen der Anhebung der Erhebungsuntergrenze von 0,5 auf 1 Hektar im Jahr 1980 sind die Angaben für die Betriebsgruppe unter 5 Hektar sowie für die Gesamtheit der Betriebe in der Phase 1970 bis 1980 nur eingeschränkt vergleichbar. Die Umstellung von nationalen auf EU-Kriterien schränkt auch die Vergleichbarkeit aller Angaben für die Phase 1980 bis 1995 ein. Die dargestellten Prozentsätze beziehen sich auf die jeweiligen Ausgangswerte von 1902. Quelle: wie Anm. 6.

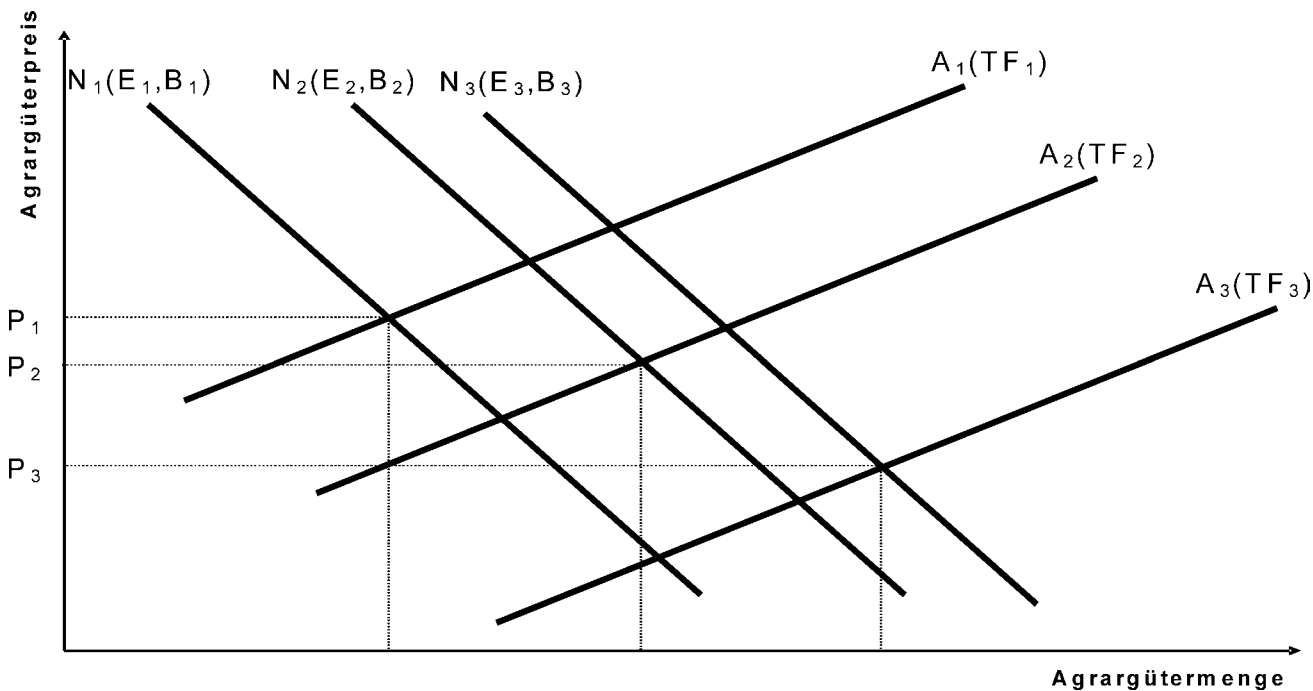
über massenhaftes »Bauernsterben«, zum Großbetrieb; Wachsen, Weichen und Weitermachen der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe gingen Hand in Hand.

Bauern in der Tretmühle

Was uns im 21. Jahrhundert als »bäuerliches Erbe« einer lange zurück reichenden Vergangenheit erscheinen mag, hatte in der »Agrarfrage« des 19. Jahrhunderts keine Zukunft: Liberale Agrarökonomen wie Albrecht Thaer und sozialistische Vordenker wie Karl Kautsky prognostizierten die Verdrängung der kleinen Familienwirtschaften durch kapitalistische Großbetriebe, des schollenverhafteten »Bauern« durch den unternehmerischen »Landwirt«. Soeben durch die »Bauernbefreiung« politisch und wirtschaftlich zum Leben erweckt, wurde der Bauer auch schon wieder totgesagt. In einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Eruptionen lagen solch düstere Prognosen nahe: Thaer erlebte am Beginn des 19. Jahrhunderts die Auseinandersetzungen um die staatlichen Agrarreformen, wel-

che den Landbesitz von den feudalen Fesseln befreiten. Kautsky stand am *fin de siècle* unter dem Eindruck der Globalisierung der Agrargütermärkte, welche die Agrarbetriebe verstärktem Konkurrenzdruck aussetzte.⁷ Liberale wie Sozialisten – die einen als Befürworter, die anderen als Kritiker – erfuhren den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als übermächtige Triebkraft; solche Erfahrungen prägten wohl auch die intellektuellen Erwartungshorizonte.

Nun stellt sich die Frage, warum die liberalistischen und sozialistischen Prognosen vom »Tod des Bauern« nicht im vollen Maß eintraten. Auf der Suche nach Antworten bietet das Modell der »landwirtschaftlichen Tretmühle« einen Ausgangspunkt; es setzt die Intensivierung, Spezialisierung und Konzentration von Landwirtschaftsbetrieben in einen Zusammenhang: Viele kleine und mittlere Bauernbetriebe erzeugen jeweils die gleichen Produkte; auf dem Markt drückt jedoch die zunehmende Sättigung der Konsumenten auf die Agrarpreise; mangels Einfluß auf die



Graphik 2: Modell der »landwirtschaftlichen Tretmühle«

Anmerkung: Die Linien $A_i(TF_i)$ stellen die Angebotskurven (A) auf einem bestimmten Niveau des technischen Fortschritts (TF) zu einem bestimmten Zeitpunkt (t) dar. Je größer das Fortschrittsniveau ist, desto mehr Agrargüter werden bei gegebener Ausstattung mit Boden, Arbeit und Kapital und gegebenem Preis angeboten. Die Linien $N_i(E_i, B_i)$ stellen die Nachfragekurven (N), die von Einwohnerzahl (E) und Bedürfnisniveau (B) abhängig ist, zu einem bestimmten Zeitpunkt (t) dar. Die Punkte P_i bezeichnen die Preise (P) für Agrargüter, die sich auf freien Märkten – das heißt ohne staatliche Interventionen – in den Schnittpunkten von Angebots- und Nachfragekurven ergeben, zu einem bestimmten Zeitpunkt (t). In Industriestaaten mit stagnierender Einwohnerzahl ($E_1 = E_2 = E_3 = \dots = E_n$), geringer Einkommenselastizität der Nachfrage (»Engel'sches Gesetz«: $B_1 = B_2 = B_3 = \dots = B_n$) und hoher Fortschrittsrate im Agrarsektor ($TF_1 < TF_2 < TF_3 < \dots < TF_n$) verschiebt sich die Nachfragekurve weniger rasch als die Angebotskurve. Der daraus resultierende Rückgang der landwirtschaftlichen Erlöse bewirkt zusammen mit den wachsenden Kreditrückzahlungen, daß die Gewinne der Agrarbetriebe im Durchschnitt unter das Ausgangsniveau absinken – was wiederum die Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt antreibt. Quelle: wie Anm. 8.

Preisgestaltung kann der einzelne Betrieb bei vollständiger Auslastung seinen Gewinn nur durch technischen Fortschritt (*Intensivierung*) in wenigen Betriebszweigen (*Spezialisierung*) steigern; die Extra-Gewinne einiger »Vorreiter« veranlassen die breite Masse, den technischen Fortschritt zu übernehmen; das nunmehr stärker als die Nachfrage gestiegene Angebot drückt erneut auf die Agrarpreise; vor allem »Nachzügler« – die zu Verschuldeten, zu Alten, zu Kranken – sind nun gezwungen, ihre Betriebe technisch nachzurüsten oder von anderen »aufgefressen« zu werden, zu wachsen oder zu weichen (*Konzentration*). Um im Bild zu bleiben: Wie ein Hamster im Lauf- rad, der trotz aller Mühe nicht von der Stelle kommt, versuchen die bäuerlichen Betriebsbesitzer/-innen in der »landwirtschaftlichen Tretmühle« vergeblich, ihre Gewinne durch technischen Fortschritt zu steigern (Graphik 2).⁸

Dieses Modell, das etwa heutzutage der World Trade Organisation (WTO) als agrar- politisches Leitbild dient, bringt, gesamtge-

sellschaftlich gesehen, zweifellos einige Vor- teile: die Verbilligung der Nahrungsmittel, die Versorgung außeragrarischer Wirtschafts- zweige mit Arbeitskräften, die Steigerung der internationalen und globalen Wettbewerbsfä- higkeit des nationalen Agrarsektors und so fort. Dem steht jedoch eine Reihe von Nach- teilen gegenüber:

- Weniger die Verbraucher/-innen als die vor- und nachgelagerten Industrien profi- tieren von den Produktivitätsgewinnen der Landwirtschaftsbetriebe.
- Die Vorteile der »Tretmühle« verringern sich in dem Maß, in dem die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe ab- und deren Homogenität zunimmt.
- Die Einkommensdisparität zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirt- schaftlicher Bevölkerung wächst.
- Der Wettbewerbsdruck begünstigt For- men des Landbaus, die durch hohen Ver- brauch natürlicher Ressourcen dem Nachhaltigkeitsprinzip zuwiderlaufen.
- Lokales Wissen und kulturelle Eigenarten

bäuerlicher Gesellschaften werden ten- denziell entwertet.

- Die ungleichen Entwicklungschancen zwischen Industrieländern im Norden und Agrarländern im Süden werden ze- mentiert.
- Die »Tretmühle« begünstigt kurzfristige Entscheidungen, die, langfristig gesehen, die Ernährungssicherheit untergraben können.⁹

Folgen wir diesem Modell, dann müßte der »Kannibalismus« der kleinen und mittleren Bauernbetriebe in der »landwirtschaftlichen Tretmühle« geradewegs zum intensivierten und spezialisierten Großbetrieb und, in letzter Konsequenz, zur »Agrarfabrik« mit Mono- polstellung führen; offensichtlich entspricht dies (noch?) nicht der österreichischen und europäischen Realität. Um das Modell für heuristische Zwecke an die komplexe Wirk- lichkeit anzunähern, müssen wir neben den Marktkräften zwei weitere Kräfte ins Spiel bringen: den Staat und die Bauernfamilien. Die Rolle des Staates in der Agrarmodernisie-

rung ist in den Geschichtswissenschaften umstritten. Eine Lesart behauptet, daß die Bauernschaft mittels starker Organisationen ihre konservativen Interessen in der entstehenden Industriegesellschaft in hohem Maß durchsetzen konnten. Die bauernfreundliche Agrarpolitik des Staates, geprägt von einer mächtigen »Agrarlobby«, habe den Agrarsektor gegen die Marktkräfte weitgehend abgeschirmt.¹⁰ Im Widerspruch zur vorgeblichen Allmacht der Agrarverbände, zur »Verbäuerlichung der Gesellschaft«, behauptet eine andere Lesart die »Vergesellschaftung der Bauern«: Staat und Markt hätten sich der Bauernfamilien als »Heimarbeiter im öffentlichen Dienst« bedient, um den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft möglichst reibungslos zu gestalten. Großzügige Agrarförderungen für die Produzenten gegen billige Nahrungsmittel für die Konsumenten – dieser ungleicher Tausch habe die Schere zwischen Agrar- und Industrieinkommen mehr und mehr geöffnet.¹¹ Beide Lesarten stimmen in einem Punkt überein: Die Agrarmodernisierung wurde nicht allein von der »unsichtbaren Hand« des Marktes, sondern vor allem von der »sichtbaren Hand« des Staates gelenkt.

Auch in der wissenschaftlichen Debatte über bäuerliche Familienbetriebe können wir, grob gesprochen, zwei entgegengesetzte Positionen unterscheiden: Die eine, von vielen Agrarökonominnen vorgebrachte Theorie betrachtet bäuerliche Familienbetriebe als kapitalistische, gewinnmaximierende Unternehmen mit enormer »Anpassungsflexibilität«. Die Familienarbeitsverfassung verursache inner- und außerhalb der landwirtschaftlichen Betriebszweige nur geringe Transaktionskosten; zudem bestünden im Agrarsektor keine entscheidenden Größenvorteile (*economies of scale*), die diese Transaktionskosten aufwiegen könnten. Die »optimale Betriebsgröße« im Agrarsektor liege daher in jenem Bereich, der üblicher Weise von bäuerlichen Familienbetrieben bewirtschaftet werde.¹² Die andere, meist von Wirtschaftssoziologen und -ethnologen vertretene Theorie führt die »Zähigkeit der Bauern« auf ein vorkapitalistisches, familienwirtschaftliches Ethos zurück: Nicht Gewinnmaximierung, sondern ausreichende Eigenversorgung gelte als zentraler Wert; nicht die Betriebsaufgabe, sondern zähes Festhalten – bis hin zur »Selbstausschöpfung« – erscheine bei rückläufigen Einkommen als vernünftig.¹³ Kurz, Bauern werden im ersten Fall als flexibel auf den Märkten agierende Gewinnmaximierer, im zweiten Fall als dem Markt abgewandte Risikominimierer gesehen. Beide Positionen stimmen jedoch darin überein, daß bäuerliche Familienwirtschaften

den Kräften von Markt und Staat nicht passiv gegenüber stehen, sondern mittels flexibler Strategien als Wirtschaftsakteure aktiv auftreten.

Agrarmodernisierung – systemisch gesehen

Das Beispiel Österreichs im späten 19. und im 20. Jahrhundert zeigt, daß die »landwirtschaftliche Tretmühle« auch hierzulande rotierte – allerdings nicht im freien Lauf.¹⁴ Die krisenhafte Periode von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zu den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts stand im Zeichen eines gebremsten Agrarstrukturwandels, einer »konservativen Modernisierung«.¹⁵ Bereits die »bauernfreundliche« Agrarreform im Zuge der Revolution von 1848/49 und ihre liberalen Folgeregelungen, das Gemeindegesetz, die Servitutenablöse und die Freiteilbarkeit, hatten die Weichen gestellt: Sofern nicht staatliche Behörden die Agenden der Grundherrschaften übernahmen, erhielten die nunmehrigen Grundeigentümer einen »autonomen ländlichen Bereich« zugesprochen. Der ehemals untertänige Bauer wurde – auf Kosten der wirtschaftlich oder politisch geschwächten Kleinhäusler, Inleute und Dienstboten – sein »eigener Herr« in Haus und Gemeinde. Das wirtschaftliche und politische *empowerment* der Bauernschaft minderte nachhaltig deren Bereitschaft, sich dem Druck einer allzu rasanten Kommerzialisierung auszusetzen oder sich an revolutionären Bewegungen zu beteiligen.

Die antikommerzielle Grundtendenz der bäuerlichen »Hausväter« mündete in der nur »teilweisen Kommerzialisierung« der Land- und Forstwirtschaft bis zum Ende der Monarchie. Einerseits blieb durch das verzögerte, durch die Krise von 1873 zurückgeworfene Wachstum des Industriesektors die inländische Nachfrage nach Agrarprodukten in engen Grenzen. Andererseits gingen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Marktpositionen der alpenländischen Viehproduzenten im Deutschen Reich durch die zwischenstaatlichen Zollschranken und jene der donauländischen Getreide- und Weinproduzenten in Wien durch die vorwiegend ungarische Billigkonkurrenz innerhalb der Zollunion der Monarchie verloren. Letztlich beförderten jedoch die (ihrer Ideologie nach durchwegs antikommerziellen) Genossenschaften in der Realität, vor allem bei Milch und Molkereiprodukten, einen teilweisen Kommerzialisierungsschub ihrer Mitglieder.

Die antirevolutionäre Grundtendenz der bäuerlichen Grundbesitzer mündete im Zuge der Wahlrechtsausweitung in einer gegen den wirtschaftlichen (Gesetzgebung zur Boden-

mobilisierung) und politischen Liberalismus (Schul- und Kirchengesetzgebung) gerichteten Mobilisierung unter eher moderat-konservativen (Oberösterreich, Salzburg), radikal-christlichsozialen (Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg) oder national-großdeutschen Vorzeichen (Kärnten, Steiermark). Die regionalen Unterschiede folgten aus den jeweiligen Ausprägungen der Kommunikationsverhältnisse (Streu- versus Dorfsiedlung), der Herkunft und Orientierung der ländlichen Eliten (klerikale versus bäuerliche Führungsgruppen) oder der im Jahr 1880 einsetzenden, sich in vermehrten Zwangsversteigerungen äußernden Agrarkrise (ebene Gunst- versus gebirgige Ungunstlagen). Gemeinsam war diesen Mobilisierungsversuchen die weniger positive als negative Akzentuierung der konservativen Agitation: Antikapitalismus, Antimarkxismus, Antisemitismus. Letztlich bewirkte die antiliberalen, konservative Mobilisierung der Bauernschaft, daß sie aufgrund ihres verstärkten politischen Gewichtes ihre prä-kommerzielle Existenz fortfristen konnte.

Nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie und der Gründung der Ersten Republik im Jahr 1918 erlebte die – über Genossenschaften, Bauernbünde und Landwirtschaftskammern hochgradig organisierte – Bauernschaft sowohl eine wirtschaftliche (als Garant der wegen abgeschnittener Außenhandelsbeziehungen gefährdeten »Volksernährung«) als auch eine politische Aufwertung (als von »Bauernfürsten« und Agrarexperten repräsentierte Massenpartei auf Bundes- und Landesebene). Dennoch waren der Kommerzialisierung und Demokratisierung enge Grenzen gezogen: Einerseits minderte die industrielle Dauerkrise, die sich seit 1929 als Massenarbeitslosigkeit manifestierte, die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, vor allem nach den gegenüber Getreide und Kartoffeln pro Nährwerteneinheit teureren Milch- und Fleischprodukten. Andererseits wurde die seit der »Bauernbefreiung« gefestigte autoritär-konservative Mentalität der bäuerlichen »Hausväter« durch die »versteckte Arbeitslosigkeit« – die (Weiter-)Beschäftigung von Familienmitgliedern, die in der krisengeschüttelten Industrie keine Arbeit (mehr) fanden – abermals gestärkt. Die produzentenfreundliche – und konsumentenfeindliche – Agrarmarktpolitik Engelbert Dollfuß' seit dem Jahr 1931 und der autoritäre Konservatismus der Bauernschaft seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert beförderten die »Affinität zwischen Austrofaschismus und Landwirtschaft«, folglich bildete die Bauernschaft die einzige breitere Trägerschicht der »Ständestaats«-Diktatur, die das Leitbild des autarken, patriarchalen

schen Bauernhofes auf die Gesellschaft projizierte.¹⁶

Beginnend in den ausgehenden dreißiger Jahren, machte sich die Industriegesellschaft, zunächst im Krieg, dann im Frieden, den Agrarsektor mehr und mehr zunutze. Sie bediente sich dabei jener Organisationsformen, die der Bauernschaft seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zur Abwehr industriegesellschaftlicher Ansprüche gedient hatten. Nach dem »Anschluß« 1938 schien der »Reichsnährstand« zunächst das Ideal einer allumfassenden Interessenvertretung der Landwirtschaft unter Einschluß der vor- und nachgelagerten Bereiche zu verwirklichen. Doch die Zwangsorganisation, seit Kriegsbeginn 1939 ein verlängerter Arm der staatlichen Ernährungsverwaltung, trieb entgegen rückwärtsgewandter »Blut und Boden«-Mythen die kommerzielle und bürokratische Vergesellschaftung der bäuerlichen Welt voran. Ablieferungszwang und Kontrollmechanismen, die den Bauernhof zur Kolonie des NS-Systems machten, beschnitten die bäuerliche Autonomie; doch jenseits der öffentlichen Bewirtschaftung blühte eine – von ordentlichen und Sondergerichten strafrechtlich verfolgt – Privatwirtschaft eigener Art: die Schattenökonomie des »Schwarzschlachtens«, »Schleichhandelns«, »Preistreibens«.¹⁷

Nach dem Zerfall des »Dritten Reiches« und der Gründung der Zweiten Republik im Jahr 1945 mutierten die ehemaligen Defensivorganisationen der Bauernschaft im US-amerikanisch mitfinanzierten »Wiederaufbau« vollends zu offensiven Agenturen der Kommerzialisierung und Bürokratisierung: Die Genossenschaften, vereint unter dem Raiffeisen-Giebelkreuz, verflochten die Bauernbetriebe eng mit vor- und nachgelagerten Märkten; die Landwirtschaftskammern dienten als verlängerte Arme der Agrarbürokratie von Bund und Ländern; der nach Fusionierung mit dem deutschnationalen Landbund dominierende ÖVP-Bauernbund lieferte mit der »Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes«, seit dem Jahr 1960 auch im Landwirtschaftsgesetz verfassungsrechtlich festgeschrieben, die propagandistische Begleitmusik zum beschleunigten Agrarstrukturwandel. Die zwischen Produzenten- und Konsumentenverbänden »sozialpartnerschaftlich« abgestimmte Agrarpolitik steuerte in den fünfziger und sechziger Jahren einen ambivalenten Kurs: Einerseits bescherten Markt- und Preispolitik durch subventionierte, an der Einkommensparität von Agrar- und Industriesektor orientierte Preise den leistungsfähigeren Betrieben Wettbewerbsvorteile; andererseits federten Struktur- und Sozialpolitik manche Nachteile der Leistungs-

schwächeren ab. Kurz, der Staat gab Vollgas und trat zugleich auf die Bremse. Die »landwirtschaftliche Tretmühle« im Kopf wies dabei die Richtung: vom »fleißigen« zum »produktiven« Bauern.¹⁸

Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme des »Produktivismus«, des agrarischen Gegenstücks zur industriellen Massenkongressgesellschaft im »Austrofordismus«, wurden seit den siebziger Jahren offenkundig: Überschüsse, Einkommensdisparitäten, Umweltschäden. Nach nationalen Lösungsversuchen, vom »differenzierten« Kurs der SPÖ (1970 bis 1986), gekennzeichnet durch Förderungen für Berg- und Grenzlandgebiete, bis zur »ökosozialen Agrarpolitik« der ÖVP (seit 1987), die intensivere und alternative Formen der Landnutzung förderte, wurden die aktuellen Agrarprobleme im Jahr 1995 an die supranationale Ebene der EU weiter gereicht.¹⁹ Wie lange sich Brüssel eine bäuerliche, multifunktionale Landwirtschaft noch leisten wird, ist ungewiß; bis dahin gilt die Ironie der Agrarmodernisierung Österreichs im 20. Jahrhundert: Totgesagte leben länger.

Agrarmodernisierung – lebensweltlich gesehen

Fragen wir nach den Lebenswelten jener, die auf dem Land als Bäuerinnen und Bauern, Mägde und Knechte, Inwohner/-innen oder Tagelöhner/-innen arbeiteten, dann gerät das Bild einer einheitlichen »traditionellen Agrargesellschaft« ins Wanken. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert können wir im Raum des heutigen Österreich mehrere regionale Typen ländlicher Gesellschaften unterscheiden:²⁰

Im Alpengebiet, abgesehen von den westlichen Regionen, dominierte neben Getreidebau zur Selbstversorgung die Viehzucht, was zusammen mit dem herrschenden Anerbenrecht eine hierarchische Besitzverteilung begünstigte. In den mittel- und großbäuerlichen Haushalten lebten zahlreiche ganzjährig beschäftigte Knechte und Mägde; saisonal beschäftigte Tagelöhner/-innen fanden sich dagegen kaum. Statistisch fand dies seinen Niederschlag in einem hohen Heiratsalter, hohen Ledigenraten und hohen Anteilen unehelicher Geburten (»Illegitimitätsraten«).

In den alpinen Regionen Westtirols und Vorarlbergs hingegen begünstigte die Praxis der Realteilung egalitäre Besitzverteilungen. Es dominierten kleinbäuerliche Viehzuchtbetriebe, die meist mit den eigenen Nachkommen als Arbeitskräften das Auslangen fanden. Der geringe Gesinde- und Tagelöhneranteil schlug sich in hohem Heiratsalter, hohen Ledigenquoten und geringen Illegitimitätsraten nieder.

Die überwiegend mittel- und großbäuerlichen Betriebe der Flachlandregionen mit ihrem Schwerpunkt auf Getreidebau entwickelten demgegenüber hierarchische Besitzverteilungen. Neben ganzjährig beschäftigtem Gesinde diente eine breite Tagelöhnerschaft zur Abdeckung saisonaler Arbeitsspitzen, vor allem während der Erntezeit. Mittleres Heiratsalter, niedrige Ledigenquoten und mittlere Raten unehelich Geborener waren die Regel.

In den niederösterreichischen und steirischen Weinbaugebieten des Flachlands formierten sich stark hierarchische Besitzverteilungen. Die vorherrschenden Klein- und Mittelbetriebe deckten ihren saisonalen Arbeitskräftebedarf über Haushaltsmitglieder hinaus durch Tagelöhner/-innen; ganzjährig beschäftigtes Gesinde war nur in den Großbetrieben zu finden. Niedriges Heiratsalter, niedrige Ledigenquoten und niedrige Illegitimitätsraten waren für diese Regionen charakteristisch.

Die Waldbauern der nieder- und oberösterreichischen Hügellandregionen praktizierten vorwiegend wenig intensive Formen der Mischwirtschaft, häufig verbunden mit Lohnarbeit als Holzknecht in den Wäldern des Großgrundbesitzes. Innerhalb einer relativ egalitären Besitzverteilung beschäftigten die überwiegend mittelbäuerlichen Betriebe kaum Gesinde oder Tagelöhner/-innen, was sich in der Statistik in mittleren Werten von Heiratsalter, Ledigenquote und Illegitimitätsrate niederschlug.

Die egalitären Besitzverteilungen der kleinbäuerlichen Mischwirtschaften des Mittel- und Südburgenlands stellen trotz ihrer Ähnlichkeit mit den Waldbauernregionen einen österreichweiten Sonderfall dar: Sie entwickelten im Unterschied zu den übrigen Regionen mit einfachen Familienstrukturen – das heißt mit einem Ehepaar und verwandtem und nichtverwandtem Gesinde – komplexe Haushalte, in denen bisweilen zwei und mehr Ehepaare mit ihren Angehörigen lebten.²¹ Dem entsprach ein geringer Tagelöhneranteil, und Gesinde fehlte nahezu ausnahmslos; Heiratsalter, Ledigenquote und Unehelichenrate fielen daher sehr niedrig aus.

In den Getreide- und Weinbauregionen des Nordburgenlands hingegen entstanden im 19. Jahrhundert stark hierarchische Besitzverteilungen, die eine Mischform aus dem mittel- und südburgenländischen Sonderfall und dem Normalfall der übrigen Regionen bildeten: Durch die intensive Wirtschaftsweise wurden frühe Güterteilung, Heirat und Hausstandsgründung möglich, was einen Trend von komplexen Haushalten mit Arbeitskräfte- und terekutierung durch Verwandte hin zu einfachen Haushalten bewirkte. Das auf den Guts-

höfen eingesetzte Gesinde war meist verheiratet und lebte im eigenen Haushalt; unverheiratete Knechte und Mägde kamen in geringerem Ausmaß vor. Die größeren Betriebe beschäftigten während der saisonalen Arbeitsspitzen vor allem Tagelöhner/-innen. Heiratsalter, Ledigenanteil und Illegitimität waren im gesamt-österreichischen Vergleich gering.

Die Unterschiedlichkeit ländlicher Lebenswelten im 19. und frühen 20. Jahrhundert gründete, so paradox dies zunächst klingen mag, in einer Gemeinsamkeit: ihrem lokalspezifischen »Eigensinn«. Auch wenn wir dem starren Gegensatz von *embedded* und *disembedded economies* nicht folgen wollen: In traditionellen Agrargesellschaften waren Produktion, Zirkulation und Konsumtion weitgehend in lokale Lebenswelten »eingebettet«; sie folgten daher anderen Logiken als moderne, aus lebensweltlichen Beziehungen stärker »entbettete« Marktökonomien.²² Haushalt, Nachbarschaft, Verwandtschaft, Gemeinde und andere Akteurs-Netzwerke bildeten jene Beziehungen, entlang derer Ressourcen wie Land, Arbeit, Geld, Nahrung oder Wissen im Fluß waren; formelle Beziehungen zu kommerziellen oder bürokratischen Organisationen waren vielfach durch solche informellen Beziehungen vermittelt. Kurz, Wirtschaften bildete keine klar umgrenzte, auf das Profilkalkül ausgerichtete Sphäre, sondern war eng verwoben mit einer Fülle alltäglicher Aktivitäten im und außer Haus.

Wechseln wir, um dieses abstrakte Modell zu konkretisieren, zu einer häufig romantiserten Szene. Das gemeinsame Mahl von Bauern und Gesinde, unter Teilnahme allfälliger Tagelöhner/-innen, diente über die Kräftigung der ermüdeten Körper hinaus der Bekräftigung ländlicher Lebenswelten. Wer am gemeinsamen Tisch saß, war zumindest für einige Zeit in den Haushalt aufgenommen. Gleichzeitig machte die Sitzordnung die Machtbeziehungen zwischen den Haushaltsmitgliedern sichtbar: Die Männer saßen, abgestuft vom Bauern über die Knechte bis zum »Hüterbuben«, häufig auf den Bänken an der Wand; die Frauen saßen, ebenfalls abgestuft nach ihrer Position in der Familienwirtschaft, an der Innenseite des Tisches. Die Nähe des Bauern zum Herrgottswinkel mit Kruzifix, Heiligenbildern und Erinnerungsstücken bezeichnete seine religiös abgeleitete Autorität als »Hausvater« über das Ganze; die Nähe der Bäuerin zum Herd markierte die Autorität der »Hausmutter« über ihren eigenen Wirkungsbereich entsprechend der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Jene, die in der Hierarchie weiter oben rangierten, griffen gegenüber den nachgeordneten nicht nur früher, sondern auch tiefer in die Schüssel. Die Machtverhältnisse,

die sich in dieser Tischordnung offenbarten, standen Tag für Tag auf dem Spiel. Dabei lag die Macht zwar weitgehend, aber nicht ausschließlich bei den Bauern, die über das materielle und soziale Kapital in Form von Land, Haus, Personen und Vieh verfügten. Auch die Diensthofen, die in der Dorfföfentlichkeit die häusliche Ehre kommentierten, konnten dieses symbolische Kapital zum Einsatz bringen. Wenn der erste Knecht im Zorn über die zu kleinen Knödel während der Erntezeit die Schüssel auf den Boden schmetterte und, beobachtet vom übrigen Gesinde, wortlos die Stube verließ, standen die Grenzen »hausväterlicher« und »hausmütterlicher« Macht auf dem Spiel. Tendenzielle Arbeitskräfteknappheit wie etwa im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zwang die Bauern noch am ehesten, die alltäglichen Spielregeln mit ihren Diensthofen – welche die »Waffen der Schwachen« entsprechend ihrer Vorstellungen von »Gerechtigkeit« einsetzten – auszuhandeln: War der Ruf des Hauses einmal beschädigt, machten die Dorfburschen durch Rügebräuche dessen Besitzer/-innen zum öfentlichen Gespött; diese konnten kaum mehr gute Diensthofen finden. Tendenzieller Arbeitskräfteüberschuß, wie etwa während der Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre, stärkte hingegen die Macht des Bauernpaares, das die sich nun seiner Verpflichtungen gegenüber den Schwachen, deren Waffen stumpfer geworden waren, entledigen konnten: Schlafen im Kuhstall, schlechteres Essen am abgesonderten Tisch, Entlassung während der Wintermonate und so fort.²³

Der objektive Funktionswandel des Agrarsektors im politisch-ökonomischen System im 20. Jahrhundert stellt sich aus der lebensweltlichen Perspektive der Frauen und Männer auf dem Land, je nach Erfahrungen, subjektiv als Erfolgs- oder Mißerfolgsgeschichte dar. Der vielzitierte »Strukturwandel« wurde – unabhängig davon, ob man ihn meisterte oder daran scheiterte – selten als reibungslos erfahren; häufig ist in Selbstzeugnissen wörtlich oder im übertragenen Sinn von »Blut, Schweiß und Tränen« die Rede, was auf die physischen und psychischen Anspannungen der Menschen auf den Höfen schließen läßt.²⁴ Nur ausnahmsweise endete das alltägliche Drama so tragisch wie im Fall des ober-österreichischen »Bauern in Hof«, der nach Jahren sinkender Betriebsergebnisse im Jahr 1959 aus nicht völlig geklärten Motiven Selbstmord beging;²⁵ dennoch verweist dieser Fall auf jene Mechanismen, durch die das politisch-ökonomische System den Menschen seine Risiken aufbürdete: Erfolg und Mißerfolg erschienen als individuelle »Leistungs- und individuelles »Versagens«.

Strukturell gesehen, waren die physischen und psychischen Lasten des »Strukturwandels« und die zunächst gebremste, seit den vierziger Jahren beschleunigte Integration bäuerlicher Familienbetriebe in bürokratisch regulierte Märkte eng verquickt. Familien, die mit eigenen Ressourcen – Land, Arbeit und Kapital – Nahrung und sonstige Bedarfsgüter erzeugten (*simple commodity production*), waren nicht darauf angewiesen, ihren vollen Lebensunterhalt über Warenverkäufe und Lohnarbeit auf Märkten zu decken; daher waren sie eher als landlose Haushalte in der Lage, geringere Verkaufspreise für Waren und geringere Löhne für außerhäusliche Arbeit – manchmal gepaart mit überhöhten Zinsen für Kredite – zu akzeptieren.²⁶ Die Not der Bauernfamilien, in Krisenzeiten die Anstrengungen zu steigern (»Überarbeit«) und die Bedürfnisse zu senken (»Unterkonsum«), wurde über medial vermittelte Selbst- und Fremdbilder zu den bäuerlichen Tugenden »Fleiß« und »Genügsamkeit« gemacht. Freilich war in den Familien die Macht, die persönlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse zu beeinflussen, nach Besitz, Alter und Geschlecht ungleich verteilt: Die vielzitierte »Selbstausschöpfung« bäuerlicher Dienstgeber/-innen ging vielfach einher mit der »Fremdausschöpfung« familieneigener und -fremder Bediensteter.²⁷ Die familiäre Produktions- und Reproduktionseinheit unter der Aufsicht des bäuerlichen »Arbeitspaares«²⁸ bot, trotz fortschreitender Erosion, bis weit in das 20. Jahrhundert einem Gutteil der Landbevölkerung eine Existenzgrundlage; erst seit der Jahrhundertmitte wurden zunächst familienfremde, später auch familien-eigene Arbeitskräfte Schritt für Schritt durch arbeitssparende Technologien ersetzt. Zur *longue durée* der bäuerlichen Familienwirtschaft trug auch bei, daß die Netze des öfentlichen Arbeits- und Sozialrechts sowie der staatlichen Sozialversicherung für Landarbeiter/-innen (Krankenversicherung 1922, Unfallversicherung 1929, Pensionsversicherung 1939, Arbeitslosenversicherung 1957) sowie Bäuerinnen und Bauern (Unfallversicherung 1942, Krankenversicherung 1966, Pensionsversicherung 1971) erst »im Nachziehfahrplan« geknüpft wurden.²⁹

Vor diesem Hintergrund standen Subsistenz- und Marktproduktion nicht nur im Widerspruch zueinander; vielmehr trug die familienwirtschaftliche Logik über asymmetrische Warentausch-, Lohnarbeits- und Kreditverhältnisse auch zur Verflechtung der häuslichen, vorkapitalistischen mit der außerhäuslichen, kapitalistischen Sphäre bei.³⁰ Dieser für den »bäuerlichen Weg« der Agrarmodernisierung in Österreich *konstitutive Widerspruch* – und die damit verquickten Macht-

verhältnisse zwischen Geschlechtern und Generationen – könnten etwa an den Nebenerwerbsbetrieben im Detail studiert werden.³¹ Die Nebenerwerbslandwirtschaft offenbart die Ambivalenz des »österreichischen Weges« der Agrarmodernisierung in aller Deutlichkeit: Einerseits ermöglichte die, je nach Marktlage, flexible Kombination agrarischen und außeragratischen Erwerbs im Haushalt die Weiterführung von, betriebswirtschaftlich gesehen, unrentablen Betrieben – und damit die flächendeckende Erhaltung der bäuerlich geprägten Kulturlandschaft; andererseits erfolgte die außerhäusliche Erwerbsarbeit, die in der Regel die Männer betrieben, vielfach zu Lasten der Jugendlichen und vor allem der Frauen, die als flexible »Schlüsselvariablen« durch die Arbeit in Haushalt und Betrieb physisch und psychisch ge- und überfordert waren. Gesamt gesehen, entwickelte sich die – freiwillige oder unfreiwillige – Erwerbskombination in Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur vorherrschenden Wirtschaftsstrategie von Bauernfamilien: Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe stieg von 29 Prozent im Jahr 1951 auf 56 Prozent im Jahr 1993; seit dem EU-Beitritt ist er wieder rückläufig.³² Einer Ende der achtziger Jahre durchgeführten Untersuchung zufolge orientierten sich mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe am *Muster stabiler Reproduktion*. Diese häufig inner- und außeragratischen Erwerb kombinierenden Haushalte orientierten sich an Werten wie Naturverbundenheit, Familienorientierung und Selbstbestimmung. 5 bis 20 Prozent der Haushalte – neben intensivierenden »Farmern« auch professionalisierte »Bio-Betriebe« – folgten dem *Muster landwirtschaftlichen Unternehmertums*. Indikatoren für diese Strategie waren Marktorientierung, Wachstumsmentalität und Produktionsmitteloptimierung. Der Rest erwog den *Rückzug aus der Landwirtschaft*. Auf diese Strategie verwiesen Verpachtungen und Verkäufe, Extensivierungsschritte und Arbeitnehmermentalität.³³

Am Sonderfall der Nebenerwerbslandwirtschaft zeigt sich eine allgemeine Tendenz der Agrarmodernisierung im 20. Jahrhundert: Bäuerliche Individuen in der Moderne können und müssen sich nach der Entbettung aus multifunktionalen Agrargesellschaften in mehreren, häufig widersprüchlichen Funktionsfeldern gleichzeitig verorten – als »Landwirt/-in« am eigenen Hof, als »Landschaftspfleger/-in« in der Kulturlandschaft, als »Konsument/-in« im Supermarkt, als »Mitarbeiter/-in« im Gewerbe- oder Industriebetrieb, als »Dienstleister/-in« im Tourismus, als »Vermarkter/-in« im Bio-Laden und so

fort. Der alten Kategorie »Bauer« entgleitet die Fragmentierung bäuerlicher Lebenswelten in der Moderne; eine neue haben wir noch nicht gefunden.³⁴

Anmerkungen

1. Dieser Aufsatz ist im Rahmen eines APART-Stipendiums der Österreichischen Akademie der Wissenschaften entstanden als erweiterte Fassung von: Ernst Langthaler, Totgesagte leben länger. Österreichs Bauern im 20. Jahrhundert, *Neue Zürcher Zeitung*, 20./21.5.2006, 76. Eine elektronische Fassung ist verfügbar unter: <http://www.univie.ac.at/ruralhistory/nzz-langthaler.pdf>. Für Kommentare zur Erstfassung danke ich Bernhard Ecker, Stefan Eminger, Erich Landsteiner und Rita Garstenauner.
2. Vgl. Karl Michael Ortner, Die österreichische Agrarpolitik bis zum EU-Beitritt, in: Franz Greif u. a. (Hg.), *Österreichs Landwirtschaft im EU-Agrarsystem*, Klosterneuburg 1997, 23–41.
3. Zur wissenschaftlichen, freilich auch von politischen Standpunkten beeinflussten Debatte pro und contra EU-Beitritt in den ausgehenden achtziger Jahren vgl. Friedrich Schneider/Markus Hofreither (Hg.), *Chance Landwirtschaft. Wege und Perspektiven für die Neunziger Jahre*, Wien 1988; Gerhard Steger (Hg.), *Grünbuch. Krise und Perspektiven der österreichischen Landwirtschaft*, Wien 1988.
4. Vgl. Franz Sinabell, Entwicklungstendenzen der österreichischen Landwirtschaft seit dem EU-Beitritt, *Ländlicher Raum* (2006) 6, <http://www.laendlicher-raum.at> (7.7.2006).
5. Die Differenz »Agrarfabrik« versus »Bauernhof« prägte – stets in Differenz zur osteuropäischen »Kolchose« – die agrarpolitische Debatte in Westeuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als zeitgenössisches Dokument vgl. Günther Pacyna, *Agrarfabriken oder Bauernhöfe? Das Landvolk im Zeitalter der industriellen Gesellschaft*, Hamburg 1958.
6. Eigene Berechnungen nach Roman Sandgruber, Die Landwirtschaft in der Wirtschaft – Menschen, Maschinen, Märkte, in: Ernst Bruckmüller u. a., *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: *Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, Wien 2002, 191–591, hier 300 (für das Gebiet der Republik Österreich interpolierte Ergebnisse für 1902); Statistik Austria (Hg.), *Republik Österreich 1945–1995*, Wien 1995, 176 (Ergebnisse für 1930 bis 1980); Statistik Austria (Hg.), *Agrarstrukturerhebung 1999. Betriebsstruktur*, Wien 2001 (Ergebnisse für 1995); Statistik Austria (Hg.), *Agrarstrukturerhebung 2003. Betriebsstruktur*, Wien 2005 (Ergebnisse für 2003).
7. Als zeitgenössische Dokumente vgl. Albrecht Thaer, *Grundsätze der rationellen Landwirtschaft*, 4 Bde., Berlin 1809–1812; Karl Kautsky, *Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie*, Stuttgart 1899. Als Überblick zur Agrardebatte im 19. Jahrhundert vgl. Sigmund von Frauendorfer, *Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen*

Sprachgebiet. Bd. 1: *Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg*, Bonn/München/Wien 1957.

8. Vgl. Willard W. Cochrane, *Farm Prices: Myth and Reality*, Minneapolis 1957; Jochen Streb/Wolfram Pyta, Von der Bodenproduktivität zur Arbeitsproduktivität. Der agrarökonomische Paradigmenwechsel im »Dritten Reich«, *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 53 (2005), 56–78.
9. Vgl. Niels Røling, From Causes to Reasons: The Human Dimension of Agricultural Sustainability, *International Journal of Agricultural Sustainability* 1 (2003), 73–88.
10. Vgl. Ernst Bruckmüller, *Landwirtschaftliche Organisationen und gesellschaftliche Modernisierung. Vereine, Genossenschaften und politische Mobilisierung der Landwirtschaft Österreichs vom Vormärz bis 1914*, Salzburg 1977.
11. Vgl. Werner Baumann/Peter Moser, *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918–1968*, Zürich 1999; Josef Mooser, Das Verschwinden der Bauern. Überlegungen zur Sozialgeschichte der »Entagrarisierung« und Modernisierung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert, in: Daniela Münkler (Hg.), *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*, Göttingen 2000, 23–35.
12. Vgl. Günther Schmitt, Vernachlässigte Aspekte der Anpassungsflexibilität der Landwirtschaft an die agrarpolitischen Implikationen, *Agrarwirtschaft* 32 (1983), 1–13; ders., Wie optimal ist eigentlich die »optimale« Betriebsgröße in der Landwirtschaft, *Agrarwirtschaft* 37 (1988), 234–245; ders., Die ökonomische Logik der Einheit von Haushalt und Betrieb in der Landwirtschaft. Konstituierende Elemente, Wettbewerbsfähigkeit und Implikationen der Familienarbeitsverfassung, *Agrarwirtschaft* 39 (1990), 209–220.
13. Zu dieser erstmals vom russischen Agrarökonom Alexander Tschajanow in den zwanziger Jahren formulierten These vgl. Teodor Shanin, The Nature and Logic of the Peasant Economy. I: A Generalisation, *Journal of Peasant Studies* (1973/74), 63–80; ders., The Nature and Logic of the Peasant Economy. II: Diversity and Change, III: Policy and Intervention, *Journal of Peasant Studies* (1973/74), 186–206.
14. Zum Folgenden vgl. Ernst Langthaler, Bauernsterben? Wege österreichischer Agrargesellschaften in der Moderne, in: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (Hg.), *Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne*, Wien 1999, 81–98.
15. Vgl. Bruckmüller, Organisationen (Anm. 10); ders., Die verzögerte Modernisierung. Mögliche Ursachen und Folgen des »österreichischen Weges« im Wandel des Agrarbereiches, in: Herbert Knittler (Hg.), *Wirtschafts- und sozialhistorische Beiträge. Festschrift für Alfred Hoffmann zum 75. Geburtstag*, Wien 1979, 289–307; ders., Vom »Bauernstand« zur »Gesellschaft des ländlichen Raumes«. Sozialer Wandel in der bäuerlichen Gesellschaft des 20. Jahrhun-

- derts, in: Bruckmüller u. a., Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert 1 (Anm. 6), 409–591; ders., Die Landwirtschaft in den Gebieten des heutigen Österreich in der Spätphase der Habsburgermonarchie, *Christliche Demokratie* 2 (1985), 93–112; Roman Sandgruber, Die Agrarrevolution in Österreich. Ertragssteigerung und Kommerzialisierung der landwirtschaftlichen Produktion im 18. und 19. Jahrhundert, in: Alfred Hoffmann (Hg.), *Österreich-Ungarn als Agrarstaat. Wirtschaftliches Wachstum und Agrarverhältnisse in Österreich im 19. Jahrhundert*, Wien 1978, 195–269.
16. Vgl. Ernst Bruckmüller, Die Bauern und die Erste Republik, *Christliche Demokratie* 2 (1985), 113–125; ders., Interessenvertretung der Bauern, in: Emmerich Tálos u. a. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik*, Wien 1995, 353–370; Siegfried Mattl, *Agrarstruktur, Bauernbewegung und Agrarpolitik in Österreich 1919–1929*, Wien/Salzburg 1981; Ulrich Kluge, *Bauern, Agrarkrise und Volksernährung in der europäischen Zwischenkriegszeit. Studien zur Agrargesellschaft und -wirtschaft der Republik Österreich 1918 bis 1938*, Stuttgart 1988; James Miller, *Engelbert Dollfuß als Agrarfachmann. Eine Analyse bäuerlicher Führungsbegriffe und österreichischer Agrarpolitik 1918–1934*, Wien/Köln 1989.
 17. Vgl. Gustavo Corni/Horst Gies, *Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997; Ernst Langthaler, Eigensinnige Kolonien. NS-Agrarsystem und bäuerliche Lebenswelten 1938–1945, in: Emmerich Tálos u. a. (Hg.), *NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*, Wien 2000, 348–375.
 18. Vgl. Ernst Hanisch, Die Politik und die Landwirtschaft, in: Bruckmüller u. a., Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert 1 (Anm. 6), 15–189; Josef Krammer, Von »Blut und Boden« zur »Eurofitness«. Die Entwicklung der Landwirtschaft seit 1945, in: Reinhard Sieder u. a. (Hg.), *Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur*, Wien 1996, 567–580; ders./Günter Scheer, *Das österreichische Agrarsystem. 2. Teilbericht: Probleme, Perspektiven und Alternativen*, 2 Bde., Wien 1978.
 19. Vgl. Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie, Landwirtschaft und Agrarpolitik (Anm. 14); Greif, Österreichs Landwirtschaft (Anm. 2).
 20. Vgl. Norbert Ortmayr, Sozialhistorische Skizzen zur Geschichte des ländlichen Gesindes in Österreich, in: ders. (Hg.), *Knechte. Autobiographische Dokumente und sozialhistorische Skizzen*, Wien/Köln/Weimar 2002, 297–376; Ernst Bruckmüller/Ernst Hanisch/Roman Sandgruber (Hg.), *Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert*, Bd. 2: *Regionen, Betriebe, Menschen*, Wien 2003, mit Beiträgen über Vorarlberg (Hubert Weitensfelder), Tirol (Wolfgang Meixner/Gerhard Siegl), Kärnten (Werner Drobesch), den salzburgischen Pinzgau (Ursula J. Neumayr), das südoststeirische Hügelland (Karl Kaser/Karl Stocker/Beatrix Vreca), die östliche Obersteiermark (Bernhard A. Reismann), den oberösterreichischen Zentralraum (Roman Sandgruber), das Mühl- und Waldviertel (Michael Pammer), die Voralpen und das Flach- und Hügelland Niederösterreichs (Ernst Langthaler) und den burgenländischen Seewinkel (Leonhard Prickler).
 21. Dieser österreichische Sonderfall erweist sich im globalen Kulturvergleich eher als Normalfall. Die einfachen Haushalte West-, Mittel- und Nordeuropas mit hohem Heiratsalter, hohen Ledigenquoten und hoher Illegalität stellen hingegen ein Spezifikum der europäischen Sonderentwicklung (*European marriage pattern*) dar. Vgl. Michael Mitterauer, »Das moderne Kind hat zwei Kinderzimmer und acht Großeltern.« Die Entwicklung in Europa, in: ders./Norbert Ortmayr (Hg.), *Familie im 20. Jahrhundert. Traditionen, Probleme, Perspektiven*, Frankfurt/Main 1997, 9–51, hier 13 ff.
 22. Vgl. Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/Main 1978. Dieses Werk entfachte die Formalismus-Substanzialismus-Debatte in der Wirtschaftsanthropologie. Vgl. Richard R. Wilk, *Economies and Cultures. Foundations of Economic Anthropology*, Boulder 1996.
 23. Vgl. Mitterauer, Kind (Anm. 21); Ortmayr, Skizzen (Anm. 20); ders., Ländliches Gesinde in Oberösterreich 1918–1938, in: Josef Ehmer/Michael Mitterauer (Hg.), *Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften*, Wien/Köln/Graz 1986, 325–416.
 24. Als lokale und regionale Fallstudien zur lebensweltlichen Perspektive der Agrarmodernisierung vgl. Ortmayr, Gesinde (Anm. 23); Ernst Langthaler, Agrarwende in der Ebene. Eine Region im niederösterreichischen Flach- und Hügelland (1880–2000), in: Bruckmüller, Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft 2 (Anm. 20), 651–740; ders., Agrarwende in den Bergen. Eine Region in den niederösterreichischen Voralpen (1880–2000), in: ebenda, 563–650; Ingrid Bauer, Zwischen Goldhaube und Telehaus. Modernisierung der Geschlechterverhältnisse im ländlichen Raum, in: Ernst Hanisch/Robert Kriechbaumer (Hg.), *Salzburg. Zwischen Globalisierung und Goldhaube*, Wien/Köln/Weimar 1997, 210–239; Karl Kaser/Karl Stocker, Bäuerliches Leben in der Oststeiermark seit 1848, Bd. 1: Landwirtschaft von der Selbstversorgung zum Produktivitätszwang, Bd. 2: Die verspätete Revolution, Wien/Graz 1986/1988; Theresia Oedl-Wieser, *Emanzipation der Frauen auf dem Land. Eine explorative Studie über Ambivalenzen und Lebenszusammenhänge*, Wien 1997; Roman Sandgruber, Der Hof des »Bauern in Hof«. Agrargeschichte des 20. Jahrhunderts im Spiegel von Wirtschaftsrechnungen und Lebenserinnerungen, in: Franz X. Eder u. a. (Hg.), *Wiener Wege der Sozialgeschichte. Themen – Perspektiven – Vermittlungen*, Wien/Köln/Weimar 1997, 299–333; Erika Winkler, Im Dorf geschah in den fünfziger Jahren ein »Wunder« ... Am Beispiel der Waldviertler Gemeinde Groß-Schönau, in: Gerhard Jagtschitz/Klaus-Dieter Mulley (Hg.), *Die »wilden« fünfziger Jahre. Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich*, St. Pölten/Wien 1985, 30–40.
 25. Vgl. Sandgruber, Hof (Anm. 24).
 26. Vgl. Harriet Friedmann, Household Production and the National Economy: Concepts for the Analysis of Agrarian Formations, *Journal of Peasant Studies* 7 (1980), 158–184.
 27. Vgl. Ela Hornung/Ernst Langthaler/Sabine Schweitzer, *Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland*, Wien 2004, 161 ff.; Ernst Langthaler, »Menschenökonomie«. Landwirtschaftlicher »Arbeitseinsatz« im Reichsgau Niederdonau 1939–1945, in: ders./Josef Redl (Hg.), *Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930–1960*, Innsbruck 2005, 138–149.
 28. Vgl. Heide Wunder, Arbeiten, Wirtschaften, Haushalten: Geschlechterverhältnisse und Geschlechterbeziehungen im Wandel der deutschen Agrargesellschaft des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Rainer Prass u. a. (Hg.), *Ländliche Gesellschaften in Deutschland und Frankreich, 18.–19. Jahrhundert*, Göttingen 2003, 187–204.
 29. Vgl. Ernst Bruckmüller u. a., *Soziale Sicherheit im Nachkriegsdeutschland. Die Einbeziehung der Bauern, Ländarbeiter, Gewerbetreibenden und Hausgehilfen in das System der österreichischen Sozialversicherung*, Salzburg 1978.
 30. Zur diesem Argument zugrunde liegenden »Artikulationstheorie« vgl. Alain de Janvry, *The Agrarian Question and Reformism in Latin America*, Baltimore 1981; Frank Ellis, *Peasant Economics. Farm households and agrarian development*, Cambridge 1993, 45 ff.
 31. Zur theoretischen Debatte vgl. Thomas Dax/Elisabeth Loibl/Theresia Oedl-Wieser (Hg.), *Pluriactivity and Rural Development. Theoretical Framework*, Wien 1995. Zu empirischen Befunden vgl. dies. (Hg.), *Erwerbskombination und Agrarstruktur. Entwicklung landwirtschaftlicher Haushalte im europäischen Vergleich*, Wien 1995; Josef Mannert, *Motive und Verhalten von Nebenerwerbslandwirten*, Wien 1976;
 32. Eigene Berechnungen nach Statistik Austria, Österreich (Anm. 6), 175.
 33. Vgl. Thomas Dax u. a., *Bäuerliche Welt im Umbruch. Entwicklung landwirtschaftlicher Haushalte in Österreich*, Wien 1993, 115 ff.
 34. Vgl. Michael Kearney, *Reconceptualizing the Peasantry. Anthropology in Global Perspective*, Boulder 1996; Ernst Langthaler, Nach den Peasant Studies. Michael Kearneys Entwurf einer *postpeasant anthropology*, in: Ernst Bruckmüller/ders./Josef Redl (Hg.), *Agrargeschichte schreiben. Traditionen und Innovationen im internationalen Vergleich*, Innsbruck 2004, 249–259.

Dr. Ernst Langthaler, APART-Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am Institut für Geschichte des ländlichen Raumes, Kulturbezirk 4, A-3109 St. Pölten, ernst.langthaler@univie.ac.at, www.ruralhistory.at